

Öffentliches Protokoll

Sitzung des Planungsausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 03.12.2024
Sitzungsbeginn:	18:30 Uhr
Sitzungsende:	21:56 Uhr
Ort, Raum:	Ratssaal des Rathauses (barrierefrei), Rathausplatz 3-5, 22880 Wedel

Anwesend

Vorsitz

Gerrit Baars SPD

Mitglieder

Wolfgang Dutsch CDU Vertretung für: Johanna Bergstein

Jochen Peter Lüchau CDU

Norbert Weller CDU Vertretung für: Sabine Zedler

Torben Wunderlich CDU Vertretung für: Alina Schultz

Petra Goll Bündnis 90 / Die Grünen

Dagmar Süß Bündnis 90 / Die Grünen Vertretung für: Tobias Kiwitt

Willibald Ulbrich Bündnis 90 / Die Grünen

Angela Drewes WSI

Klaus Koschnitzke FDP

Umweltbeirat

Bianka Sievers Umweltbeirat

Jugendbeirat

Merlin Tschamper Jugendbeirat

Verwaltung

Julia Fisauli-Aalto Bürgermeister

Karl-Heinz Grass

Elisabeth Hoppe

Torben Klauke

Martina Bunzen

Abwesend

Vorsitz

Johanna Bergstein CDU entschuldigt

Mitglieder

Sabine Zedler CDU entschuldigt

Alina Schultz CDU entschuldigt

Tobias Kiwitt Bündnis 90 / Die Grünen entschuldigt

Lars-Arne Klintworth SPD entschuldigt

Jugendbeirat

Karolin Büßer Jugendbeirat entschuldigt

Gäste:

Herr Schmidt	Polizei Wedel	zu TOP 3
Herr Theile	Bauherr	zu TOP 4
Herr Rathje	Elbberg	zu TOP 4
Herr Venus	Architekt	zu TOP 4

10 Einwohner*innen

2 Vertreter*innen der örtlichen Presse

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungs- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest und eröffnet die Sitzung.

Frau Fisauli-Alto beantragt die Vertagung des TOP 6.2. Der Vorsitzende beantragt, die Anträge der Fraktionen zur Haushaltssatzung unter TOP 5.1 und TOP 5.2 in die Tagesordnung aufzunehmen.

Die Gremiumsmitglieder beschließen einstimmig die geänderte Tagesordnung und den Ausschluss der Öffentlichkeit für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte.

Damit kann die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten werden:

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|---|--------------|
| 1 | Einwohnerfragestunde | |
| 1.1 | Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen | |
| 1.2 | Aktuelle Fragen der Einwohner*innen | |
| 2 | Anhörung der Beiräte | |
| 3 | Verkehrssicherheitsbericht 2023 | MV/2024/087 |
| 4 | Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 20a "Schulauer Hafen" - 2. Änderung Teilbereich Strandbaddamm; hier: Entwurfsbeschluss und Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB) und der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB) | BV/2024/080 |
| 5 | Haushaltssatzung 2025 | |
| 5.1 | Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Haushaltssatzung 2025 | ANT/2024/030 |
| 5.2 | Antrag der CDU-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2025 | ANT/2024/033 |
| 5.3 | Haushaltssatzung 2025 | BV/2024/094 |
| 6 | Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel" | |
| 6.1 | Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung | |
| 6.2 | Sanierungsmaßnahme Stadthafen
hier: Umgestaltung des Strandbades - Umsetzung der Einzelmaßnahmen | BV/2024/114 |
| 7 | Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/- Die Grünen;
hier; Ein Kino für Wedel in den „Möller-Hallen“ | ANT/2024/027 |

8 Rahmenkonzept (Entwurf) für Solar-Freiflächenanlagen im MV/2024/100
 Außenbereich der Stadt Wedel - Anfrage der Fraktion
 Bündnis 90/ Die Grünen

9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

9.1 Bericht der Verwaltung

9.2 Anfragen der Politik

9.3 Sonstiges

Nichtöffentlicher Teil

10 Nichtöffentliche Mitteilungen und Anfragen

10.1 Bericht der Verwaltung

10.2 Anfragen der Politik

10.3 Sonstiges

Öffentlicher Teil

11 Unterrichtung der Öffentlichkeit



Öffentlicher Teil

1 Einwohnerfragestunde

1.1 Antworten der Verwaltung zu vorangegangenen Fragen

Die ausstehenden Antworten wurden schriftlich im Bürgerinformationssystem hinterlegt.

1.2 Aktuelle Fragen der Einwohner*innen

Herr Meyer (ADFC) stellt folgende Fragen Zu TOP 3:

1. Die Zahl der Unfälle ist seit 2021 um 43%, die Zahl der leicht verletzten Personen um 75%, die der schwer verletzten Personen um 88% (!) gestiegen. Dieser sehr starke Anstieg übersteigt den landesweiten Trend deutlich. Wodurch erklärt die Polizei diesen starken Anstieg in Wedel?
 2. Der Anteil der verletzten Radfahrer ist sehr hoch (Leichtverletzte 53%, Schwerverletzte 40%). Wodurch sieht die Polizei diesen hohen Anteil begründet?
 3. Welche Art Verkehrsteilnehmer waren bei den Unfällen mit verletzten Fußgängern und Radfahrern noch beteiligt und wie sieht die Verteilung der Hauptschuldigen an den Unfällen aus?
 4. Welche Maßnahmen in Wedel empfiehlt die Polizei, um die Verkehrssicherheit zu verbessern? Im Vergleich zum direkt angrenzenden Hamburg fällt die große Dichte an Unfällen in Wedel auf, siehe Auszug aus dem Unfallatlas in der Anlage.
- Fragen werden unter TOP 3 beantwortet.

Herr Volk, Eigentümer Holmer Straße 75, stellt folgende Fragen zu TOP 8:

1. Welche Auswirkungen hat das Rahmenkonzept auf die Nutzung der betroffenen Grundstücke, durch Ihre Eigentümer?
2. Erfüllt der Rahmenplan die Vorgaben aus der (MV/2019/046), den landschaftsprägenden Stadteingang in seiner Wirkung, sowie die Stadtbildqualität weitestgehend zu erhalten, die Bebauungsstruktur unter Betrachtung des Lebensraumes behutsam zu entwickeln und das landschaftsplanerische Konzept mit einer Qualität zu entwickeln, die zu Wedel passt?
3. Warum wurde bei der Neuaufstellung der Regionalpläne die Verschiebung der Abgrenzungslinie beschlossen zur Ausweisung von Wohnbauflächen, wenn Solaranlagen vor Wohnungsbau errichtet werden sollen?
4. Warum sollen mit Ratsbeschluss definierte Wohnbauflächen (MV/2009/035) geopfert werden, wenn bis 2030,1300 neue WE benötigt werden?
5. Ist dem PLA bekannt, dass eine Bauvoranfrage zur Umnutzung der erhaltenswerten Bausubstanz auf der Liegenschaft Holmer Str. 75 eingereicht wurde, um ca. 1500 m2 BGF als Wohnraum für betreutes Wohnen einzurichten?

Zu Frage 5 teilt Herr Grass mit, dass Bauvoranfragen im Außenbereich negativ beschieden werden und daher auch nicht für ein Einvernehmen im Planungsausschuss vorgestellt werden. Er bittet den Fragesteller nochmal zur Beratung ins Rathaus zu kommen, um zu klären, wie ein Antrag gestellt werden kann, damit der Planungsausschuss darüber entscheiden kann.

Der Vorsitzende erklärt, dass ihm und dem Planungsausschuss der Vorgang nicht bekannt sei. Eine Stellungnahme kann daher nicht abgegeben werden.

Die Fragen 1-4 werden schriftlich beantwortet.

Eine Anwohnerin aus dem Ansgariusweg fragt nach der Anzahl der eingegangenen Einwendungen für die frühzeitige Beteiligung im Bebauungsplanverfahren Nr. 27b „Hoogschlag“ 1. Änderung, Teilbereich Ost.

Lt. Frau Hoppe (Fachdienst Stadt- und Landschaftsplanung) sind rund 50 Einwendungen eingegangen, davon eine von einem Rechtsanwalt im Namen der Interessengemeinschaft.



2 Anhörung der Beiräte

Frau Semprich stellt sich als neue stellvertretende Vorsitzende des Seniorenbeirates vor. Ansonsten haben die Beiräte nichts zu berichten.

3 Verkehrssicherheitsbericht 2023

MV/2024/087

Herr Schmidt (stellv. Revierleitung Polizei Wedel) stellt den Bericht anhand einer Präsentation vor. Die Präsentation ist als Anlage zur Sitzung hinterlegt.

Im Weiteren beantwortet er die unter Top 1 gestellten Fragen, soweit ihm die notwendigen Informationen vorliegen.

Zu Frage 1: Die Unfallzahlen haben lediglich das Vor-Corona-Niveau wieder erreicht.

Zu Frage 2: Radfahrende Personen haben wenig technische Möglichkeiten sich gegen einen Verkehrsunfall zu schützen oder die vorhandenen technischen Möglichkeiten werden nicht genutzt. Der Anteil an Pedelecs und damit die Fahrgeschwindigkeit hat deutlich zugenommen. Ein weiteres Problem ist die wenig vorhandene Bereitschaft bestehende Gesetze einzuhalten.

Auf eine Nachfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der fehlenden Betrachtung der Infrastruktur entgegnet er, dass dies nicht die Aufgabe des Verkehrssicherheitsberichtes sei. Er stellt aber fest, dass es im Verkehrsraum von Wedel in Teilen keinen Platz für weitere Infrastruktur gäbe. Die Verkehrsteilnehmer müssen im vorhandenen Raum miteinander klarkommen.

Auf die Frage der SPD-Fraktion, warum es nicht mehr Kontrollen gäbe, erwidert Herr Schmidt, dass viele Kontrollen aus ermittlungstaktischen Gründen in Zivil durchgeführt werden. Allerdings würde dies gerade an Schulen in WhatsApp-Gruppen schnell verbreitet.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist darauf hin, dass die Infrastruktur in diesem Zusammenhang der einzige Bereich ist, in dem die politischen Gremien Gestaltungsmöglichkeit hätten. Gerade die neue StVO biete hier einige Möglichkeiten, z.B. Geschwindigkeitsreduzierung zum Gesundheits- und Klimaschutz. Weiter verweist sie auf eine Online-Veranstaltung der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ vom 29.11.2024 zu diesem Thema.

Die WSI-Fraktion bringt die Einrichtung von „Schulstraßen“ ins Gespräch. Elterntaxis würden andere Verkehrsteilnehmer extrem gefährden. Nicht nur vor Grundschulen, sondern auch vor den weiterführenden Schulen.

Der Jugendbeirat fragt nach, ob die Infrastruktur auf den Schulwegen veränderbar ist. Herr Schmidt bejaht dies. Es gäbe zwar engstellen, aber gerade bei den Schulwegen sieht er Potential.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 20a "Schulauer Hafen" - 2. Änderung Teilbereich Strandbaddamm; hier: Entwurfsbeschluss und Beschluss über die Beteiligung der Öffentlichkeit (§ 3 Abs. 2 BauGB) und der Behörden (§ 4 Abs. 2 BauGB)

BV/2024/080

Der Bauherr Herr Theile stellt das Projekt kurz vor.

Die WSI-Fraktion hat Bedenken weitere 130 Wohneinheiten im innerstädtischen Bereich zu errichten, insbesondere aufgrund der Haushaltslage und den unklaren Kosten von weiterem Wachstum. Bedenken hat sie auch wegen der Lage des Baugebietes vor dem Hochwasserschutzdeich. Wegen des zu erwartenden Anstiegs des Wasserspiegels um ca. einen Meter

müsse der vorhandene Deich zu einem Klimadeich ertüchtigt werden, der einen flacheren Anstieg und damit einen größeren Raumbedarf habe. Das müsse bei der Planung berücksichtigt werden. Weiterhin gibt sie zu Bedenken, dass das Land Schleswig-Holstein aktuell an einer Veränderung der Gesetzeslage arbeitet. Sie hält es nicht nur grob fahrlässig, sondern vorsätzlich, Vorhaben anzustoßen, wohlwissend, dass nach einer Gesetzesänderung an dieser Stelle nicht mehr gebaut werden dürfe.

Herr Klaucke (Fachdienst Stadt- und Landschaftsplanung) erwidert, dass ausführliche Gespräche mit dem Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein (LKN.SH) geführt wurden. Der Deich ist lt. LKN ausreichend hoch und absehbar ist keine Erhöhung nötig. Sollte der Deich erhöht werden müssen, werden die Fläche des Bauvorhabens nicht für eine Deicherhöhung benötigt.

Als weiterer Hochwasserschutz sind im Erdgeschoss keine Wohnungen, sondern nur kleines Gewerbe o.ä. erlaubt. Alle Wohnungen liegen mindestens 8,5 m über NN. Durch die Änderung des Landeswassergesetzes (LWG) ergibt sich ein küstenschutzrechtliches Genehmigungserfordernis durch das LKN. Damit diese Genehmigung in Zukunft auch erteilt werden kann, wurden eben die intensiven Gespräche geführt und die Planungen an die Maßgaben des LKN angepasst.

Die SPD-Fraktion stellt folgende Fragen:

1. Für die geplanten Gebäude werden Grund- und Geschossflächenzahlen angegeben, die deutlich über den Orientierungswerten der Baunutzungs-VO liegen. Welche Auswirkungen sind zu erwarten, wenn man sich im B-Plan auf die empfohlenen Werte beschränken wurde?

2. Eine nennenswerte Anbindung der neuen Bebauung an den ÖPNV wäre eigentlich nicht vorhanden. Dies gilt im Grunde für das gesamte Hafengebiet, wo auch in letzter Zeit neuer Wohnraum entstanden ist. Selbst wenn die angrenzenden Straßen zusätzlichen Verkehr aufnehmen können, wirkt sich zusätzlicher Verkehr im gesamten Stadtgebiet aus.

Gibt es daher Bestrebungen der Verwaltung, sich für eine Intensivierung der ÖPNV Anbindung einzusetzen?

Herr Klaucke erläutert dazu folgendes: Die Baunutzungsverordnung (BauNVO) wurde angepasst. Aus den vorherigen Grenzwerten wurden Orientierungswerte. Eine Überschreitung ist demnach zulässig. Bei dem geplanten Gebäude wurden die Parkplätze im Erdgeschoss unter dem Gebäude angeordnet, daher werden sie bei der Berechnung der GFZ mitgerechnet. Würden sie in einer Tiefgarage liegen, würden sie nicht berücksichtigt werden. Daher ergibt sich eine höhere GFZ.

Ein mögliches Problem mit dem ÖPNV kann das Bebauungsplanverfahren nicht lösen.

Auf Nachfrage der SPD-Fraktion erläutert Herr Ratje (Büro Elbberg), dass ca. 30-35 Bäume gefällt werden müssen. Dafür werden ca. 80 Neupflanzungen erfolgen.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat verschiedene Fragen. Diese werden schriftlich beantwortet und als Anlage zur Sitzung hinterlegt.

Die FDP-Fraktion befürwortet das Vorhaben. Es ist positiv, dass dort Wohnungen und Gewerbeflächen entstehen, auch wenn es die Kita-Problematik gäbe.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sieht das Vorhaben sehr positiv. Die Hochwassersicherheit sei kein Problem. Die Stadt stehe kurz vor Abschluss der Maritimen Meile. Dieses Bauvorhaben könnte das i-Tüpfelchen sein.

Die CDU-Fraktion freut sich darüber, dass es auf dem Gelände weitergehe. Es sei gut, dass Gewerbeflächen und Wohnungen gebaut werden.

Der Vorsitzende verliest den Beschluss und lässt dann darüber abstimmen.



Beschluss:

Der Planungsausschuss beschließt,

1. den Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 20a „Schulauer Hafen“ - 2. Änderung Teilbereich Strandbaddamm, bestehend aus Planzeichnung, Vorhaben- und Erschließungsplan sowie Begründung,
2. die Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und
3. die Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	1	0
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	1	0
FDP-Fraktion	1	0	0

5 **Haushaltssatzung 2025**

5.1 **Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Haushaltssatzung 2025** **ANT/2024/030**

Über die Anträge aus TOP 5.1 und TOP 5.2 wird gemeinsam gesprochen. Nach kurzen kontroverser Diskussion lässt der Vorsitzende über die zum Teil geänderten Anträge abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Geänderter Antrag 1:
Erstellung eines Wohnungsmarktkonzeptes wird für das Haushaltsjahr 2025 gestrichen.

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	0	1
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	0	1
FDP-Fraktion	1	0	0

Geänderter Antrag 2:
Das Budget des Mobilitätsmanagers wird für das Haushaltsjahr 2025 gestrichen.

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	0	1
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	0	1
FDP-Fraktion	1	0	0

Neuer Antrag 3:

Das Budget für Ausgleichsmaßnahmen wird auf 20.000 € reduziert.

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	8	0	2
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	0	1
FDP-Fraktion	0	0	1

5.2 Antrag der CDU-Fraktion zum Haushaltsentwurf 2025**ANT/2024/033****Abstimmungsergebnis:**Antrag 1:

Seite 547 - Aufwand 54 293 00 für Mitgliedsbeiträge an Vereine und Verbände im Produkt 51 Stadt- und Landschaftsplanung: Streichung des Ansatzes.

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	5	4	1
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	3	0
SPD-Fraktion	0	1	0
WSI-Fraktion	0	0	1
FDP-Fraktion	1	0	0

Sollte der Ansatz tatsächlich gestrichen werden, signalisierte Frau Goll die Bereitschaft zu einer zweckgebundenen Spende für den Mitgliedsbeitrag für RAD.SH, die Bedingungen dafür müssen noch geklärt werden.

Antrag 2:

Seite 547 - Aufwand 54 31610 für Planungskosten im Produkt 51 Stadt- und Landschaftsplanung: Kürzung des Ansatzes 2025 von 81.200 € auf 10.000 €

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	5	3	2
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	3	0
SPD-Fraktion	0	0	1
WSI-Fraktion	0	0	1
FDP-Fraktion	1	0	0

Antrag 3:

Seite 547 - Aufwand für Öffentlichkeitsarbeit im Bereich Mobilitätsleistungen im Produkt 51 Stadt- und Landschaftsplanung: Streichung des Ansatzes.

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	6	0	4
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	0	3
SPD-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	0	0

FDP-Fraktion	1	0	1
--------------	---	---	---

Antrag 4:

Seite 550 - Auszahlung 78 520 00 aus Tiefbaumaßnahmen im Produkt 51 Stadt- und Landschaftsplanung: Streichung des Ansatzes

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	5	0	5
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	0	0	3
SPD-Fraktion	1	0	1
WSI-Fraktion	0	0	1
FDP-Fraktion	0	0	0

Antrag 5:

Seite 659 - Aufwand zur Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens Tiefbau im Produkt Regionalpark Wedeler Au: Reduzierung des Ansatzes von 37.700 € auf 30.000 €.

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	0	1
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	0	1
FDP-Fraktion	1	0	0

5.3 Haushaltssatzung 2025**BV/2024/094**

Der Vorsitzende verliest folgende Beschlussempfehlung und lässt sodann darüber abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Der Planungsausschuss empfiehlt für die Produktbereiche in seiner Zuständigkeit die Haushaltssatzung 2025 mit den beschlossenen Änderungen dem Rat zur Beschlussfassung.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	9	0	1
CDU-Fraktion	4	0	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	0	0	1
FDP-Fraktion	1	0	0

6 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Stadthafen Wedel"**6.1 Mündlicher Sachstandsbericht der Verwaltung**

Die Verwaltung hat nichts zu berichten.

6.2 Sanierungsmaßnahme Stadthafen**hier: Umgestaltung des Strandbades - Umsetzung der Einzelmaßnahmen****BV/2024/114**

Der TOP wird vertrag. Siehe Beschluss zu Beginn der Sitzung.

7 Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/- Die Grünen; hier; Ein Kino für Wedel in den „Möller-Hallen“**ANT/2024/027**

Der Vorsitzende verliest den Antrag der SPD.

Die FDP-Fraktion stimmt dem Antrag nicht zu. Es sei Sache des Investors, dort ein Kino anzusiedeln. Dies sei kein Thema für die FDP in Wedel.

Die CDU-Fraktion ist erfreut darüber, dass die SPD und die Grünen sich für ein Kino in Wedel einsetzen. Es spräche auch nichts dagegen, dass die Grünen/SPD direkt mit dem Investor sprechen, aber nicht mit einem politischen Beschluss. Der Investor sei kein Kinobetreiber und die Einrichtung eines Kinos würde zulasten von Wohnen und Gewerbe gehen. Darüber hinaus sei die Lage für Kinos aktuell insgesamt nicht besonders gut.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen argumentiert, dass der Investor aufgefordert hätte Ideen zu benennen. Für ein kleines Programmkino böte sich das Areal aufgrund seiner verkehrsgünstigen, zentralen Lage an. Es gehe nur um die Aufnahme von Gesprächen. Wenn der Investor kein Kino möchte, wäre das auch in Ordnung. Es solle niemand genötigt werden ein Kino zu betreiben.

Laut der SPD-Fraktion seien auf dem Areal mehrere Gebäude für Kultur vorgesehen. Das Kino ginge demnach nicht zulasten von Wohnen und Gewerbe. Die Bürger würden sich über ein Kino freuen und die Stadt würde es kein Geld kosten. Daher sollte man mit dem Investor sprechen.

Die WSI-Fraktion schlägt der Verwaltung vor das Thema beim Investor anzusprechen. Wenn es keine Option ist, dann sei das auch in Ordnung. Niemand wolle den Investor zwingen ein Kino zu eröffnen. Weiterhin hätte sie gehört, dass es Termine mit dem Investor geben solle, deren Vereinbarung über den Tisch von Frau Fisauli-Alto laufen würden. Zu diesen Gesprächen würde die WSI-Fraktion gerne eingeladen werden.

Frau Fisauli-Alto sind solche Termine nicht bekannt. Sie hätte aber auch keine Einwände.

Unabhängig vom Ausgang der Abstimmung ist der Antrag öffentlich. Vielleicht hat der Investor ja bereits Kenntnis davon genommen.

Der Vorsitzende lässt über den folgenden Antrag abstimmen:

Antrag:

Die Verwaltung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit dem Investor des Möller-Areals (B-Plan 28 Gesamtschule), die Integration eines Kinos mit mindestens 2 Kinosälen für eins der historischen Gebäude der optischen Fabrik Möller zu prüfen und ggf. in die Planungen mit aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

	Ja	Nein	Enthaltung
Gesamt:	5	5	0
CDU-Fraktion	0	4	0
Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen	3	0	0
SPD-Fraktion	1	0	0
WSI-Fraktion	1	0	0
FDP-Fraktion	0	1	0

8 Rahmenkonzept (Entwurf) für Solar-Freiflächenanlagen im Außenbereich der Stadt Wedel - Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen **MV/2024/100**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen verliert die Anfrage.

Laut Herrn Grass hat uns der Kreis Pinneberg sehr für die Ausarbeitung gelobt. Die Nachbargemeinden von Wedel und überhaupt die Gemeinden im Kreis sind noch nicht so weit wie die Stadt Wedel. Die Stadt hat hier eine Vorreiterrolle. Das Rahmenkonzept soll im Sommer beschlossen werden. In diesem Zusammenhang wird es für die Öffentlichkeit die Möglichkeit zur Stellungnahme geben. Frau Götsche steht für weitere Fragen gerne zur Verfügung.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9 Öffentliche Mitteilungen und Anfragen

9.1 Bericht der Verwaltung

Herr Grass berichtet, dass der VHH mitgeteilt hätte, dass die Stadtbuslinie 786 (Schulbus für die Rudolf-Steiner-Schule in Blankenese) auf Wedeler Stadtgebiet zum Fahrplanwechsel wegen fehlender Nachfrage eingestellt wird. Er fährt aktuell 2x täglich.

9.2 Anfragen der Politik

Die WSI-Fraktion fragt nach, wie es um die Überprüfung der Geschwindigkeitsbegrenzung auf 30 km/h wegen Lärmschutz steht.

Laut Herrn Grass ist voraussichtlich im Frühjahr mit einem Ergebnis zu rechnen.

9.3 Sonstiges

Es werden keine Anfragen gestellt.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei der Öffentlichkeit und schließt diese für die Beratung der nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte aus.

Öffentlicher Teil

11 Unterrichtung der Öffentlichkeit

Der Vorsitzende stellt die Öffentlichkeit wieder her und informiert über die im nichtöffentlichen Teil getroffenen Beschlüsse.

Anschließend bedankt sich der Vorsitzende bei den Anwesenden und schließt die Sitzung.

Vorsitz:

gez. Baars

Gerrit Baars

Protokollführung:

gez. Bunzen

Martina Bunzen
